

# Stadt Neu-Anspach

## BESCHLUSS

der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

vom Dienstag, den 13.11.2012.

- 4.12      Gemeinsamer Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, der FWG-UBN-Fraktion und der SPD-Fraktion zum Thema: Stadelternbeirat mit Sitzu im Kultur- und Sozialausschuss  
Vorlage: 297/2012**

### **Stellungnahme der Antragstellerin**

Für die antragstellenden Fraktionen verweist Stadtverordnete Gudula Bohusch auf die Notwendigkeit, mit den Elternvertreter im Gespräch zu bleiben. Die Beteiligung eines Stadelternbeirates soll analog der Regelungen für den Seniorenbeirat erfolgen und ein Stadelternbeirat im Kultur- und Sozialausschuss die Möglichkeit erhalten Stellung zu beziehen.

### **Stellungnahme der Fraktionen**

#### **a) CDU-Fraktion**

Für die CDU-Fraktion führt Stadtverordnete Ulrike Bolz aus, dass es bereits vor Jahren die Möglichkeit gegeben habe, mit dem seinerzeit zuständigen Dezernenten Manfred Schmück ins Gespräch zu kommen. Leider habe sich formal kein Stadelternbeirat zusammengefunden. Dass von Seiten des Magistrates ein solches Gremium geschaffen werde, sei nicht Aufgabe der Stadt vielmehr müsse dies aus der Elternschaft hervorgehen. Wenn dies gelänge, würde sie sich freuen, sehe die Angelegenheit jedoch skeptisch. Der Einlassung der Antragstellerin, dass kein genereller Sitz dieses Gremiums im Kultur- und Sozialausschuss gefordert wird, sondern die Handhabung analog des Seniorenbeirates gewünscht sei, finde die Unterstützung ihrer Fraktion.

#### **b) FWG-UBN-Fraktion**

Für die FWG-UBN-Fraktion erklärt Stadtverordnete Karin Birk-Lemper, dass auch bei der Gründung des Seniorenbeirates Vorarbeit seitens der Gemeinde geleistet wurde. Dies könne auch im vorliegenden Fall geschehen. Man sollte die Bildung so weit vorantreiben, dass mit dem neuen Kindergartenjahr sich ein entsprechender Beirat bilden könnte.

#### **c) SPD-Fraktion**

Für die SPD-Fraktion führt Stadtverordnete Heike Seifert aus, dass die Gemeinde Vorreiter für die Senioren gewesen sei. Auch, wie es der Stadtverordnete Holger Bellino ausführte, die Gemeinde einen Ausländerbeirat gegründet habe, bevor es Jahre später eine rechtliche Verpflichtung gab. Auch im vorliegenden Fall gehe es um den politischen Willen, diesen Personenkreis in die Willensbildung einzubeziehen.

#### **d) FDP-Fraktion**

Für die FDP-Fraktion stellt Stadtverordneter Rolf Scherer fest, dass man aus diesem Antrag auch einen interfraktionellen Antrag von 5 Fraktionen hätte machen können. Die Stadt sollte bei den notwendigen Regularien behilflich sein. In diesem Zusammenhang dürfe man jedoch auch die privaten Betreuungen, insbesondere die Tagesmütter nicht außer Acht lassen.

### Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, formal und rechtlich alles dahingehend vorzubereiten, dass die Elternvertreter der städtischen, der kirchlichen und der VzF Betreuungseinrichtungen einen Stadtelternbeirat bilden können. Analog der Regelungen für den Seniorenbeirat erhält ein sich bildender Stadtelternbeirat das Recht im Kultur- und Sozialausschuss zu Themen, die die Betreuungseinrichtungen bzw. die Kinder betreffen, Stellung zu nehmen.

**Beratungsergebnis: 36 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**